

**Gespräch SE Jacobi mit Vizeminister GU Yongjiang, Ministry of Foreign Economic Relations and Trade, am 7. Mai 1991, 09:00**

---

GU begrüsst SE Jacobi (J) und erwähnt, dass er nach seinem Studienabschluss 1963 in einer Handelsgesellschaft seine wirtschaftlichen Erfahrungen bei Importgeschäften von Schweizermaschinen gewonnen habe.

Seit über 40 Jahren unterhalte China mit der Schweiz Handelsbeziehungen, die sich sehr gut entwickelt hätten. Die Schweiz zeichne sich durch hochqualitative high-tech Produkte aus, die auch nach wie vor gute Absatzmöglichkeiten in China hätten. Es ist Gu bewusst, dass 1990 sich die schweizerischen Exporte nach China nicht den Erwartungen gemäss entwickelten, was jedoch ein vorübergehendes Phänomen sei. Gründe dafür sieht Gu hauptsächlich in der Restrukturierungs-Politik, mit der China die sich sei 1985 manifestierten wirtschaftlichen Ueberhitzungserscheinungen bekämpfe. Aufgrund dieser Politik habe sich die chinesische Wirtschaft wieder erholt, und Gu erwartet, dass China dieses Jahr wieder mehr importieren wird.

(J) dankt Gu für den herzlichen Empfang und bestätigt, dass aus schweizerischer Sicht die bilateralen Handelsbeziehungen ebenfalls gut und problemlos seien. Auch präsentiere sich China als recht attraktives Land für schweizerische Direktinvestitionen, wobei auch die dafür notwendigen Rahmenbedingungen wie Investitionsrisikogarantie sowie das Doppelbesteuerungsabkommen (Ratifizierung im Herbst zu erwarten) vorhanden seien.

Wichtig für die potentiellen schweizerischen Investoren sei jedoch eine transparente Wirtschaftspolitik, im besonderen auch ein Vertrauen in die Vertragstreue, die Voraussehbarkeit sowie die wirtschaftliche Stabilität. Die Schweiz sei interessiert an einer Wirtschaftspolitik, die die Inflation bekämpfe sowie die Möglichkeit des freien Transfers von Guthaben fördere.

Gu unterstreicht, dass die chinesische Politik gegenüber den Joint Venture flexible sei. Die Reform- und Oeffnungspolitik komme grundsätzlichen Charakter zu und habe der Bevölkerung während der vergangenen 10 Jahre viel Positives gebracht. Diese Politik sei nicht provisorischer, sondern langfristiger Natur. Nach einer Periode von hochkonzentrierter Zentralplanung, die nach der Befreiung eine grosse Rolle gespielt habe, habe China eingesehen, dass Reformen notwendig seien. Jedoch entspreche eine 100%ige Marktwirtschaft mit Privateigentum als Basis nicht den Bedingungen Chinas. China strebe eine gleichmässige Entwicklung ohne allzu grosse Einkommensunterschiede an, was ein rasches Voranschreiten verunmögliche. Der Wohlstand soll zusammen erreicht werden, und zwar auf dem sozialistischen Weg, wobei die Planwirtschaft mit Marktregulierungen verbunden werden soll. Ein freier Markt werde vor allem in den Sektoren von Lebensmitteln und Konsumgütern angestrebt, wo China trotz Probleme Erfolge erzielt habe. Reformen seien auch im Aussenhandelssystem durchgeführt worden, wo nun die Aussenhandelsgesellschaften für Profit und Verluste selbst verantwortlich seien. China wolle sich in diesem Bereich den internationalen Anforderungen anpassen und sei bestrebt, wieder GATT-Mitglied zu werden. Gu dankt der Schweiz für diesbezügliche Unterstützung.

- 2 -

(J) betont, dass sein Besuch in China auch Ausdruck des Vertrauens der Schweiz in die Weiterführung der Reformen in China sei, und er wolle die Reformkräfte ermutigen, mit dieser Politik weiterzufahren. Die Schweiz sei bereit, dieser Politik Unterstützung zu gewähren, was mit dem kommenden dritten Mischkredit unterstrichen werde. Die Schweiz sei der Ansicht, dass China als wichtiges Exportland seinen Weg ins GATT finden müsse. In diesem Zusammenhang erwarte die Schweiz jedoch auch, dass in China dem Schutz geistigen Eigentums mehr Beachtung geschenkt werde.

Weiter gibt (J) der Hoffnung Ausdruck, dass das Investitionsklima in China noch mehr verbessert werde, damit sich schweizerische Unternehmen vermehrt in China engagieren können. In diesem Zusammenhang weist J auf hängige konkrete Probleme hin und unterstreicht, dass das Vertrauen in Vertragstreue und eine Transparenz wichtige Voraussetzungen für schweizerische Direktinvestitionen in China sind.

GU bedankt sich für das konstruktive Gespräch und betont, dass China die Reform- und Oeffnungspolitik weiterführen sowie das Investitionsklima verbessern wolle. Hängige Probleme (Schindler, Offex u.a.m.) sollen durch Konsultationen gelöst werden.

R. Lenz